

von  
Danu Rudiono  
übersetzt von  
Warsito  
Ellwein und  
Janick Banyuaji  
Ellwein

Der Autor ist Vorstandsmitglied von INDEC – Institute Development Concern aus Surabaya, Indonesien

## Die ArbeiterInnenbewegung in Indonesien

Nach ihrer blutigen Unterdrückung durch das Suharto Regime ebnete die ArbeiterInnenbewegung Indonesiens den Weg für den Sturz des Diktators. Doch im neoliberalen Kontext der Reformasi Ära sind neue Herausforderungen entstanden, denen sie sich erst langsam zu stellen beginnt.

Die ArbeiterInnenbewegung Indonesiens wurde seit der Machtübernahme Suhartos gewaltsam unterdrückt. Das Wort »Buruh« (Arbeiter) wurde aus dem indonesischen Sprachgebrauch ausgemerzt, weil die ArbeiterInnenbewegung diesen Namen trug und diese in den Augen Suhartos eine linke Bewegung war. Stattdessen wurde ein neues Wort, »Pekerja« (Mitarbeiter), eingeführt, um die Entstehung einer kollektiven Identität unter den ArbeiterInnen zu verhindern. Es wurde in Indonesien nur eine einzige Gewerkschaft, die *Serikat Pekerja Seluruh Indonesia* (SPSI), erlaubt. Diese stand unter massiver Kontrolle des Suharto-Regimes.

In seiner Amtszeit hatte Suharto nur ein Ziel, die Modernisierung Indonesiens durch Wirtschaftsentwicklung und Infrastrukturaufbau. Der Preis dafür war ihm egal – Schulden, Ausbeutung von Naturressourcen, Missachtung von Menschenrechten, Unterdrückung des Volkes, insbesondere seiner Kritiker. Für Investoren und Unternehmer war Suhartos Amtszeit fast himmlisch, für die ArbeiterInnen jedoch die Hölle.

Kritische Fragen der ArbeiterInnen an die Regierung und an die Unternehmen in Bezug auf Lohnerhöhung, Arbeitssicherheit, Forderungen nach unabhängigen Gewerkschaften und nach freier Meinungsäußerung konnten dramatische Folgen haben: Kündigung, Verhaftung, Folter, plötzliches Verschwinden bis hin zu Mord. Marsinah, eine Arbeiterin aus Sidoarjo, Ostjava, Rusli, ein Arbeiter aus Nordsumatra und Lasimo, ein Arbeiter aus Ostjava, wurden gefoltert und dann ermordet.

Trotz des hohen Risikos gingen die ArbeiterInnen zwischen 1995 und 1998 fast jede Woche auf die Straße (kleine und große Streiks, an einem oder mehreren Orten gleichzeitig). Da die einzige Gewerkschaft regierungstreu war, wurden die Aktionen der ArbeiterInnen oft von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und StudentenaktivistInnen unterstützt. Ihre Forderungen beinhalteten sowohl die Verbesserung des Lohns und der Arbeitsbedingungen, als auch Meinungsfreiheit und unabhängige Gewerkschaften. Diese ständige Unruhe durch die ArbeiterInnenbewegung war eine wichtige Grundlage für die weitere Entwicklung der sozialen Bewegung (bei denen die StudentenaktivistInnen im Vordergrund standen) und damit für die politischen Reformen in Indonesien. Es wurden viele Allianzen gegen das Suharto-Regime zwischen ArbeiterInnen, StudentInnen und



Karikatur: Yayak

NGOs gegründet, man ging auf die Straße und streikte.

## Neue Freiheiten und neue Herausforderungen in der Reformasi Ära

Nach dem Sturz von Suharto im Jahre 1998 (dem Beginn der sogenannten Reform-Ära) wurde die Konvention die deutsche Version Internationale Arbeitsorganisation (ILO) Nr. 87 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts ratifiziert und in indonesisches Recht umgewandelt. Seitdem wurden in Indonesien sechs Gewerkschaftsföderationen, 112 nationale Gewerkschaften und 11.852 Betriebsräte gegründet. Außerdem gibt es einige politische Parteien, die auf Gewerkschaften basieren oder in Verbindung mit ihnen stehen, dazu gehören die »Partai Buruh Nasional« (Nationale Arbeiterpartei) und die »Partai Solidaritas Pekerja Seluruh Indonesia« (Mitarbeiter-Solidaritätspartei für Indonesien).

In der Reform-Ära hat die ArbeiterInnenbewegung für die allgemeine politische Agenda immer eine sehr starke Rolle gespielt. Sie war und ist in der Lage, die öffentliche Meinungsbildung durch Massenorganisationen und Demonstrationen sowie die Gesetzgebung (z. B. das Gesetz für Staatssicherheit oder das Gesetz für soziale Sicherheit) und auch die Regierungspolitik (z. B. die Erhöhung des Ölpreises oder die Korruptionsbekämpfung) zu beeinflussen.

Leider konnten sie diese Stärke nicht zur Durchsetzung der Interessen der ArbeiterInnen nutzen, zum Beispiel beim Investitionsgesetz (UU no. 25/2007) und dem Gesetz zur Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten (UU no. 2/2004). Diese Gesetze boten mehr Vorteile für die Unternehmen, als dass sie die ArbeiterInnen beachteten. Es gelang den Gewerkschaften nicht, eine gemeinsame Position einzunehmen oder gemeinsame Interessen zu vertreten. Damit wurde ihre Position sowohl der Legislative als auch den Unternehmen gegenüber erheblich geschwächt. Aber was schwächte die ArbeiterInnenbewegung?

Eine wesentliche Folge der Arbeitsmarktflexibilität ist zum einen, dass aufgrund der kurzen und ungesicherten Arbeitsverträge die meisten ArbeiterInnen weder in eine Gewerkschaft eintreten noch sich engagieren wollen. Zum anderen sind wegen des Outsourcings viele ArbeiterInnen aus den Gewerkschaften ausgetreten. Die Vereinigungs- und Meinungsfreiheit hatte ohne eine gemeinsame politische Basis der vielen Gewerkschaften nicht nur positive Effekte auf die Bewegung. Aus dieser Chance entstand auch ein ungesunder Konkurrenzkampf, sowohl innerhalb der Organisationen zwischen den Gewerkschaftsfunktionären, als auch zwischen den verschiedenen Gewerkschaften. Jede Gewerkschaft hat sich auf ihre eigenen normativen Forde-

rungen, wie zum Beispiel Lohnerhöhung, Kürzungen der Arbeitszeit und Arbeitsschutz konzentriert. Sobald ihre Forderungen erfolgreich erkämpft wurden, stellte sie das zufrieden und sie sahen keinen Bedarf mehr, für eine strukturelle oder politische Veränderung in Bezug auf Gewerkschaftsthemen weiter zu kämpfen.

Viele politische Parteien haben bei den Wahlen der letzten Jahre um die ArbeiterInnen geworben, letztlich wurden die ArbeiterInnen nur als bloße Stimmgeber benutzt. Nach der Wahl vertrat keine Partei mehr ihre Interessen. Die Erwartungshaltung der ArbeiterInnen gegenüber den Parteien war jedoch eine andere. Sie waren der Ansicht, die Parteien müssten ihre Interessen in der Politik vertreten.

## Globalisierung und Informalisierung

Die Situation der ArbeiterInnenbewegung wurde durch die Globalisierung und die neoliberale Regierung verschlechtert. Viele ArbeiterInnen in Indonesien möchten sich weiter in der klassischen ArbeiterInnenbewegung engagieren und sich auch in Gewerkschaften organisieren. Durch die Informalisierung der eigentlich formalen Wirtschaftssektoren wurden mehr und mehr ArbeiterInnen in den informellen Sektor gezwungen. Zudem erhielten die Unternehmen mehr Rechte, Schutz und Vorteile von der Regierung.

Die ArbeiterInnen aus den formellen Sektoren bestehen jedoch auf dem Statusunterschied, denn sie haben mehr Lohn und mehr Sicherheit als die ArbeiterInnen mit Kurzzeitverträgen, jene vom Outsourcing Betroffenen oder diejenigen, die im informellen Sektor beschäftigt sind. Obwohl die ArbeiterInnen aus dem formellen Sektor ganz genau wissen, dass sie allein gegen den mächtigen Markt und die ungerechte Arbeitspolitik keine Chancen haben, möchten sie nicht gemeinsam mit den anderen ArbeiterInnen aus dem informellen Sektor organisiert sein.

Aufgrund der beschriebenen Lage hat in Indonesien in den letzten zehn Jahren eine große Diskussion über die neue ArbeiterInnenbewegung stattgefunden. Es sollten nicht nur die ArbeiterInnen aus dem Industriesektor (*buruh*), sondern auch die ArbeiterInnen aus der Landwirtschaft (*buruh tani*), ArbeiterInnen mit Kurzzeitverträgen, die vom Outsourcing Betroffenen (*buruh lepas*) und die ArbeiterInnen aus dem informellen Sektor (*pekerja informal*) in der Bewegung organisiert sein. Damit keine parallelen, sondern eine gemeinsame Identität entsteht, haben die GewerkschaftsaktivistInnen den neuen Begriff »*Rakyat Pekerja*« (Arbeitervolk) für alle ArbeiterInnen entwickelt. Dieser Begriff soll eine gemeinsame Identität ermöglichen, damit man zusammen für Arbeiterforderungen und politische Ziele kämpfen kann und eine kollektive politische Führung entsteht.